

Blaue Revanche: Die neue Regierung der Ukraine

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (2010). Blaue Revanche: Die neue Regierung der Ukraine. *Ukraine-Analysen*, 71, 17-21. <https://doi.org/10.31205/UA.071.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Blaue Revanche

Die neue Regierung der Ukraine

Von Gerhard Simon, Köln

Zusammenfassung

Die Rückkehr von Viktor Janukowitsch und der Partei der Regionen, also der Blauen, an die Macht ist Folge der berechtigten Enttäuschung der Wähler über fünf Jahre Regierung durch die orangen Kräfte. Der Wahlsieg von Janukowitsch hat einen politischen Erdbeben ausgelöst und in wenigen Wochen auch zur Machtübernahme der Blauen in Regierung und Parlament geführt. Derzeit werden zahlreiche Führungsämter in der Hauptstadt und in den Regionen mit Parteigängern der neuen Machthaber besetzt. Der Erhalt des politischen Pluralismus in der Zukunft hängt wesentlich von einer raschen Konsolidierung der Opposition ab.

Wie die Blaue Revanche zustande kam

Am 7. Februar 2010 bestimmten die Ukrainer in einer fairen und freien Wahl Viktor Janukowitsch zum neuen Präsidenten des Landes. Er erhielt 48,95 % der Stimmen, seine Konkurrentin, die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko von der ehemaligen orangen Koalition, kam auf 45,47 %. Damit trat jener Mann an die Spitze des Staates, gegen den sich vor fünf Jahren die Orange Revolution gerichtet hatte. Die Erhebung der Gesellschaft hatte verhindert, dass Janukowitsch, gestützt von seinem Mentor, dem damaligen Präsidenten Leonid Kutschma, durch gefälschte Wahlen in das Präsidentenamt gelangte. Wie konnte es geschehen, dass Janukowitsch jetzt demokratisch legitimiert das erreichte, was fünf Jahre zuvor mit Hilfe von manipulierten Wahlen misslang? Auf diese nur im ersten Zugriff schwierige Frage gibt es eine einfache Antwort: Die Sieger der Orange Revolution haben ihre Chancen nicht genutzt, sie haben ihre Versprechungen nicht erfüllt, und sie haben das Land schlecht regiert. Vor allem haben sie einander bekämpft und sich im endlosen politischen Kleinkrieg gegeneinander aufgegeben. Exponenten dieser polemischen und unheilbaren persönlichen und sachlichen Unverträglichkeit waren Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko.

Der Wähler reagierte so, wie er in einer Demokratie reagiert: Er wählte die Opposition. Dabei hatten sich die Partei der Regionen und ihr Vorsitzender Janukowitsch während der orangen Regierungszeit keineswegs durch überzeugende politische Alternativen profiliert. Das brauchten sie aber auch nicht, denn die politische Selbstzerfleischung der Orangen tat die Arbeit der Opposition, die dann die Früchte ernten konnte. So war der Wahlsieg von Janukowitsch seit langem absehbar. Die Umfragen zeigten das ganze vergangene Jahr über einen klaren Vorsprung für ihn gegenüber allen

anderen Kandidaten; insbesondere der Amtsinhaber Juschtschenko lag weit zurück. Im ersten Wahlgang am 17. Januar erhielt Janukowitsch 10 % mehr Stimmen als Timoschenko (35 % gegenüber 25 %). Auch alle Exit-Poll Umfragen hatten einen klaren Wahlsieg des Kandidaten der Opposition ermittelt. Im zweiten Wahlgang verkürzte sich der Abstand zwischen den Kandidaten auf 3,5 % oder 888.000 Stimmen. Dies zeigt, dass die Mehrheit für den Kandidaten der Blauen instabil und keineswegs überwältigend ist – insbesondere wenn man seine günstigen Startbedingungen bedenkt.

Dennoch führte die Amtsübernahme durch Janukowitsch, die förmlich am 25. Februar erfolgte, zu einer erdbebentypischen Veränderung der gesamten politischen Landschaft in der Ukraine, deren Ausmaß und Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Dies konnte man weder erwarten noch war es von der Verfassung her geboten. Wahrscheinlich waren der neue Präsident und seine Partei der Regionen selbst von ihrem Erfolg überrascht. Denn an sich sind die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten begrenzt, und ein neuer Präsident kann keineswegs die Regierung entlassen oder das Parlament auflösen. Beide Verfassungsorgane waren bis zum Februar 2010 in der Hand von Ministerpräsidentin Timoschenko und ihren politischen Verbündeten – auch wenn ihre Mehrheit im Parlament seit langem brüchig war.

Ausgelöst wurde der politische Erdbeben durch den Seitenwechsel des bisherigen kleinen Koalitionspartners von Timoschenko, dem Block Litwin, zu dem 20 Abgeordnete gehören. Wolodimir Litwin, der Parlamentspräsident, ging mit seinen Abgeordneten auf die Seite des Siegers über, um auch in der neuen Regierung dabei zu sein. Am 3. März sprach das Parlament dann der Ministerpräsidentin mit 243 Stimmen (226 sind die notwendige absolute Mehrheit) das Misstrauen aus. Timoschenko trat zurück, weil sie keine Hoffnung

mehr hatte, noch einmal wie im Dezember 2008 eine neue Mehrheit im Parlament für sich zusammenzubringen. Dennoch war auch in dieser Situation eine Machtübernahme der Blauen im Parlament und in der Regierung noch keineswegs sicher, denn trotz des erfolgreichen Misstrauensvotums gegen Timoschenko verfügten die drei möglichen zukünftigen Koalitionspartner Partei der Regionen, Kommunisten und Block Litwin nicht über die absolute Mehrheit im Parlament.

Hier nun kam den politischen Kräften, die mit dem neuen Präsidenten zusammenarbeiteten, eine Art Geniestreich zu Hilfe: In Windeseile wurde das Gesetz über die Geschäftsordnung des Parlaments geändert, das bislang – in Übereinstimmung mit Artikel 83 der Verfassung – vorschrieb, dass Koalitionen in der Werchowna Rada ausschließlich von Parlamentsfraktionen gebildet werden. Die Änderung erlaubt nun die Bildung von Koalitionen durch Fraktionen und einzelne Abgeordnete. Präsident Janukowitsch unterschrieb die Gesetzesnovelle am 10. März, bereits am nächsten Tag beschloss das Parlament die Bildung der Koalition »Stabilität und Reformen«, wählte Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten und billigte die gesamte Kabinettsliste.

Den Koalitionsvertrag unterzeichneten 235 Abgeordnete, darunter alle Mitglieder der Fraktionen der Partei der Regionen (172), der Kommunisten (27) und des Block Litwin (20). Außerdem unterschrieben 16 einzelne Abgeordnete, davon sechs »abtrünnige« Abgeordnete vom Block Timoschenko, sechs Abgeordnete des Blocks Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes sowie vier Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit. Die neue Koalition und damit die Regierung sind also im Parlament auf die Stimmen der individuellen Abgeordneten angewiesen, ohne sie fehlen der Regierung sieben Stimmen zur absoluten Mehrheit von 226 Abgeordneten. Es bleibt abzuwarten wie sich in der konkreten parlamentarischen Arbeit diese Abhängigkeit von Mehrheitsbeschaffern, die nicht durch Fraktionsdisziplin gebunden sind, auswirken wird.

Im übrigen steht wohl außer Zweifel, dass die Novellierung der Geschäftsordnung des Parlaments verfassungswidrig ist. Das Verfassungsgericht hatte in einer Entscheidung vom 17. März 2008 ausdrücklich Art. 83 der Verfassung bestätigt, und die Bildung einer Koalition unter Einbeziehung einzelner Abgeordneter aus nicht der Koalition angehörenden Fraktionen für verfassungswidrig erklärt. Angesichts dieser Situation kündigten sowohl die Opposition wie auch Präsident Janukowitsch an, das Verfassungsgericht anzurufen. Aus der Umgebung des Präsidenten verlautete, wenn das Verfassungsgericht den Koalitionsvertrag kippen sollte, werde

es vorgezogene Parlamentswahlen geben. Ob es allerdings dazu kommt, ist vollkommen offen, denn das Verfassungsgericht gilt als politisch abhängig.

Tatsache ist jedenfalls, dass die politischen Kräfte hinter Janukowitsch nach seinem Wahlsieg in Rekordzeit eine blaue Regierung installiert und das Parlament auf die eigene Seite gezogen haben. Sie haben damit den Stillstand der vergangenen Jahre jedenfalls vorläufig überwunden und so ohne Zweifel Pluspunkte gesammelt. Inzwischen haben Präsident und Regierung in Kiew und in den Regionen mit einer umfassenden Neubesetzung der leitenden Kader begonnen. Damit wiederholt sich mit umgekehrter Stoßrichtung die Auswechslung der Kader nach der Orangen Revolution zu Beginn des Jahres 2005. Vielfach kehren die alten Chefs als neue zurück.

Die neue Regierung und die blaue Kaderpolitik

Schlüsselfunktionen in der Regierung Asarow nehmen die »Opfer« der Orangen Revolution ein. So wirkt die Spaltung der politischen Führungskader in der Spätzeit von Kutschma bis heute nach. Jetzt sind jene am Zug, die im Jahr 2005 gehen mussten. Das zeigt sich auch in der regionalen Herkunft der Regierungsmitglieder. So wie nach der Orangen Revolution führende Ämter in der Regierung an Kader aus der Zentralukraine gingen, übernehmen jetzt die Männer (in der Regierung ist keine einzige Frau vertreten) aus dem Osten und Süden des Landes Leitungsfunktionen. Die Kabinettsliste enthält kein Angebot an die bisherige Regierungskoalition zur Zusammenarbeit, stattdessen aber mehrere Ministerernennungen, die als Provokation gelten müssen. Lediglich der neue Außenminister Kostjantin Hrischtschenko hatte auch unter der alten Regierung eine herausgehobene Position: Der Karrierediplomat war seit 2008 Botschafter in Moskau, obwohl er zuvor seine politische Karriere bei den Blauen gemacht hatte.

Der nicht einmal symbolische Versuch, Politiker aus dem anderen Lager in die neue Regierung einzubinden und damit ein Versöhnungsangebot zu machen, erinnert an das gleiche Verhalten von Präsident Juschtschenko im Frühjahr 2005: Auch damals wurde personalpolitisch Tabula rasa gemacht. Allerdings endete der radikale und am Ende erfolglose orange Kadertausch bereits im September 2005 mit der Entlassung von Timoschenko als Ministerpräsidentin und einer Absprache zur »Verständigung« zwischen Präsident Juschtschenko und dem damaligen Oppositionsführer Janukowitsch.

Die Blaue Revanche hat inzwischen zahlreiche oberste Behörden in Kiew und den Regionen erreicht.

Hunderte von Leitungskadern werden ausgewechselt, darunter fast alle Gouverneure der Regionen, die Leitungspositionen im Geheimdienst auf zentraler und lokaler Ebene, die Chefs der Zoll- und Steuerverwaltung. Zu Gouverneuren ernannte der Präsident in vielen Fällen die örtlichen Leiter der Wahlkampfteams der Partei der Regionen, in anderen Fällen kehrten die Gouverneure aus der Zeit Kutschmas auf ihre Posten zurück. Neu besetzt wurden auch – man darf sagen selbstverständlich – die Leitungspositionen der obersten staatlichen Gremien zur Beaufsichtigung und Finanzierung von Radio und Fernsehen. Die Nationale Fernsehanstalt der Ukraine unterstellte sich das Ministerkabinett direkt.

Janukowitsch wie übrigens auch Timoschenko hatten im Wahlkampf einen starken Staat versprochen, eine effiziente und durchsetzungsfähige Bürokratie und das Ende der orangenen Lähmung, die seit Jahren wegen der nicht endenden Auseinandersetzungen innerhalb des eigenen Lagers die Ukraine in die politische Stagnation geführt haben. So wird die gegenwärtige blaue Kaderrotation der Öffentlichkeit als Aufbruch zu Effizienz und Reformen dargestellt.

Zweifel sind angebracht. Nicht wenige der neuen Minister und deren Stellvertreter sind keine ausgewiesenen Fachleute, sondern Klientel der neuen Patrone, die jetzt daran gehen, die Wohltaten des Sieges auszuverteilen. Außerdem: weder Präsident Janukowitsch noch Ministerpräsident Asarow verfügen über ausgearbeitete Reformprogramme in zentralen Bereichen, die immer wieder als dringend reformbedürftig genannt werden: Justiz, Steuergesetzgebung, Novellierung der Verfassung, von grundsätzlichen Systemfragen, die angepackt werden müssten, wie Trennung von Politik und Wirtschaft ganz zu schweigen. Die Regierung Asarow wäre im übrigen für Reformen wegen ihrer schmalen und brüchigen parlamentarischen Basis auf die Zusammenarbeit mit zumindest einem Teil der Opposition angewiesen. Von Schritten in diese Richtung ist bislang nichts zu erkennen.

Politikwechsel

In zwei Bereichen wird bereits ein Politikwechsel deutlich, der sich bezeichnenderweise nicht als Reform, sondern als Rückkehr zum Früheren versteht: das Verhältnis zu Russland sowie die Kultur- und Geschichtspolitik mit dem Komplex der Ukrainisierung.

Janukowitsch hatte bereits bei seinem Antrittsbesuch in Moskau am 5. März 2010 eine »ernsthafte Revision« der ukrainisch-russischen Beziehungen angekündigt und zugleich die politische Stabilität in Putins Russland als vorbildlich gelobt; die politische Situation in

Russland sei viel besser als die ukrainische. Wecken solche Aussagen gewisse Zweifel am Demokratieverständnis des Präsidenten, ging Asarow bei seinem ersten Arbeitstreffen mit Putin am 25. März in Moskau noch entschieden weiter. In den ukrainisch-russischen Beziehungen müsse man wieder von Null anfangen. Eine ökonomische Stabilisierung der Ukraine könne nur über eine Erneuerung der ukrainisch-russischen Beziehungen erreicht werden. »Ich meine, wir müssen vergessen, was zwischen unseren Ländern in den vergangenen fünf Jahren gewesen ist, die Seite umschlagen und auf einem weißen Blatt Papier von neuem beginnen«, sagte er bei einem Treffen mit Putin. Eine derartige Distanzierung vom eigenen Land gegenüber einem fremden Regierungschef im Ausland dürfte in der Diplomatiegeschichte Seltenheitswert haben. Es zeigt den tief sitzenden Hass auf die Orange Revolution, die im Milieu der Partei der Regionen bis heute als infamer Westimport gilt. Peinlicherweise fühlte sich Putin bei dieser Gelegenheit veranlasst, Julia Timoschenko zu verteidigen, mit der er qualvoll die Gasverträge im Januar 2009 ausgehandelt habe.

Asarow war unter anderem nach Moskau gekommen, um eine Reduzierung des Gaspreises für die Ukraine zu erbitten. Putin zeigte hier jedoch fürs erste kein Entgegenkommen. Er bot seinen ukrainischen Gesprächspartner allerdings an, sie könnten sich ja an der post-sowjetischen Integration beteiligen wie Belarus, dann kostete das Gas ein Drittel weniger. Das belarussische Gasleitungssystem kontrolliert inzwischen – im Gegenzug – der russische Monopolist Gazprom. Putin erinnerte daran, dass Russland nach wie vor Interesse auch an den ukrainischen Pipelines habe.

Zwar ist es für Ergebnisse noch zu früh, aber man darf davon ausgehen, dass sich eine weitgehende Neuausrichtung der ukrainischen Russlandpolitik in den Bereichen Politik, Wirtschaft und wohl auch Sicherheitspolitik anbahnt. Die neue ukrainische Regierung spricht dabei mit Russland nicht auf gleicher Augenhöhe, sondern begibt sich freiwillig in die Rolle des »jüngeren Bruders«, um einen auch in der Sowjetzeit traditionellen Terminus zu gebrauchen. Demgegenüber wird die Janukowitsch-Führung an der bisherigern Politik gegenüber der EU festhalten; das Interesse an Annäherung ist schon aus ökonomischen Gründen überragend. Die neue Linie könnte also lauten: Integration nach Westen, soweit es die Integration nach Osten nicht behindert. Das ist eine Umkehrung der Prioritäten gegenüber der Politik in der Zeit Juschtschenkos. Diese Linie dürfte in manchen europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin, auf viel Wohlwollen treffen, weil sie Entlas-

tung bietet sowohl von dem Drängen der Ukraine auf Mitgliedschaft in EU und NATO als auch von den Vorwürfen Russlands, der Westen missachte russische Interessen im postsowjetischen Raum.

Der zweite Bereich, in dem sich ein Politikwechsel anbahnt, ist der Komplex der Ukrainisierung, d. h. der sprachlichen, kulturellen und geschichtspolitischen Verselbständigung gegenüber der Sowjetunion und Russland. Zum Minister für Bildung und Wissenschaft wurde Dmitro Tabatschnik ernannt, der sich seit Jahren als ukrainophober Publizist profiliert. Für ihn gehört Galizien nicht zur Ukraine. »Die Galizier haben nichts gemeinsam mit dem Volk der Großen Ukraine«. »Unsere Verbündeten und Brüder sind ihre Feinde, und ihre »Helden« (Bandera, Schuchewitsch) sind für uns Mörder, Verräter und Helfershelfer von Hitlers Henkern«. Tabatschnik tritt für Russisch als Staatssprache in der Ukraine ein, sieht im Moskauer Patriarchen das einzige legitime Oberhaupt aller orthodoxen Christen in der Ukraine und lehnt es ab, den nationalistischen Partisanen den Veteranen-Status zu gewähren. Die Regierung Juschtschenko-Timoschenko bezeichnete er als »faschistische Tyrannei«, gegen die man nicht mit demokratischen Mitteln, sondern nur durch die Schaffung einer »antifaschistischen allgemeinen Volksbewegung« vorgehen könne. Tabatschnik war von 1994 bis 1996 Chef der Präsidialadministration von Präsident Kutschma und von 2002 bis 2005 stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Janukowitsch. Er ist wegen seiner radikalen antiukrainischen Positionen auch innerhalb der eigenen Partei der Regionen und in der jetzigen Regierung umstritten.

In der Geschichtspolitik gibt es bereits deutliche Veränderungen: der Mythos des Großen Vaterländischen Krieges als sowjetischer Sieg über den Faschismus kehrt zurück, unter anderem mit Militärparaden am 9. Mai. Die internationalen Bemühungen um die Anerkennung des Holodomor, der großen Hungersnot 1932–33, als Genozid am ukrainischen Volk dürften gestoppt werden. Ob und in welcher Weise innerhalb der Ukraine in Zukunft das Gedenken an die Toten begangen wird, bleibt abzuwarten. In der Kirchenpolitik zeichnet sich eine Repolitisierung ab: Während seit 1999 aus Anlass der Amtseinführung eines neuen Präsidenten ein ökumenisches Dankgebet in der Sophienkathedrale stattfand, lud Janukowitsch Patriarch Kirill aus Moskau nach Kiew zu einem Gebetsgottesdienst ein, bei dem die Vertreter anderer Kirchen ausgeschlossen waren. Während die Regierungen sich in den vergangenen Jahren zunehmend um Gleichbehandlung der kirchlichen Jurisdiktionen bemühten, gibt es wei-

tere Anzeichen dafür, dass die neue Macht dem Moskauer Patriarchat eine klare Vorzugsstellung einräumt.

Vor allem dürfte es unter Tabatschnik eine deutliche Rückwärtsentwicklung in der Schulpolitik in Richtung auf die Zurückdrängung der ukrainischen Sprache und der ukrainischen Bildungsinhalte geben. Eine vollständige Re-Russifizierung des Bildungswesens in der Zentralukraine und erst recht im Westen des Landes dürfte aber nicht durchsetzbar sein.

Die Opposition und der politische Pluralismus

Der Fortbestand der Demokratie in der Ukraine hängt auf Gedeih und Verderb von einer starken, handlungsfähigen Opposition ab, denn die demokratischen Institutionen sind zu labil, als dass sie diese Aufgabe allein schultern könnten. Zunächst weigerte sich Julia Timoschenko, ihre Wahlniederlage anzuerkennen und in die Opposition zu gehen. In einer Fernsehansprache am 13. Februar erklärte sie: »Janukowitsch ist nicht unser Präsident ... er wird niemals der legitim gewählte Präsident der Ukraine sein.« Sie klagte vor dem Obersten Verwaltungsgericht gegen die Zentrale Wahlkommission wegen der Nichtverhinderung von Wahlfälschungen, zog die Klage aber nach wenigen Tagen zurück, als auch ihr klar wurde, dass sie keine Aussicht auf Erfolg hatte. Die Abgeordneten des Blocks Timoschenko boykottierten die Inauguration des neuen Präsidenten im Parlament und wiederholten damit das Verhalten der Partei der Regionen, die bis heute den Wahlsieg Juschtschenkos am 26. 12. 2004 nicht anerkennt. Dies ist ein Beispiel für die vielfach zu beobachtenden Mängel demokratischer Kultur.

Inzwischen haben Timoschenko und ihr Block jedoch de facto den neuen Präsidenten anerkannt und die Oppositionsrolle im Parlament übernommen. Am 16. März wurde offiziell eine Vereinigung der oppositionellen Kräfte im Parlament gegründet, zu der neben den Abgeordneten des Blocks Timoschenko fünf der neun Gruppierungen des Blocks Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes gehören. Natürlich übernahm Timoschenko die Leitung der Opposition, obwohl sie selbst keine Abgeordnete ist. Auf den Posten eines Schattenregierungschefs verzichtete sie allerdings. Mitglieder der Regierung müssen ihr Parlamentsmandat niederlegen und erhalten es nach einem Rücktritt nicht wieder.

Die Geschäftsordnung des Parlaments schreibt die förmliche Gründung einer Opposition vor: »In der Werchowna Rada kann es nur eine oppositionelle Abgeordnetenfraktion oder eine Vereinigung [mehrerer] oppositioneller Abgeordnetenfraktionen geben, dies ist die par-

lamentarische Opposition« (Artikel 68 des Gesetzes über die Geschäftsordnung). Einerseits soll auf diese Weise sichergestellt werden, dass die Opposition nicht durch Zersplitterung handlungsunfähig ist und deshalb aufhört, eine Herausforderung für die Regierung zu sein. Auf der anderen Seite und insbesondere im gegenwärtigen Fall zementiert die Geschäftsordnung Konflikte, die schon zuvor die alte Regierung und die frühere Mehrheitsfraktion handlungsunfähig gemacht haben. Die Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes als ganze hat denn auch eine Beteiligung an der von Timoschenko geführten vereinigten Opposition abgelehnt. Wie diese Konflikte gelöst werden, und wie sie sich auf die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Opposition auswirken, bleibt abzuwarten. Es ist bezeichnend, dass bereits der Ruf zu hören ist, eine personelle und sachliche Erneuerung der Opposition könne und müsse aus dem außerparlamentarischen Raum erfolgen.

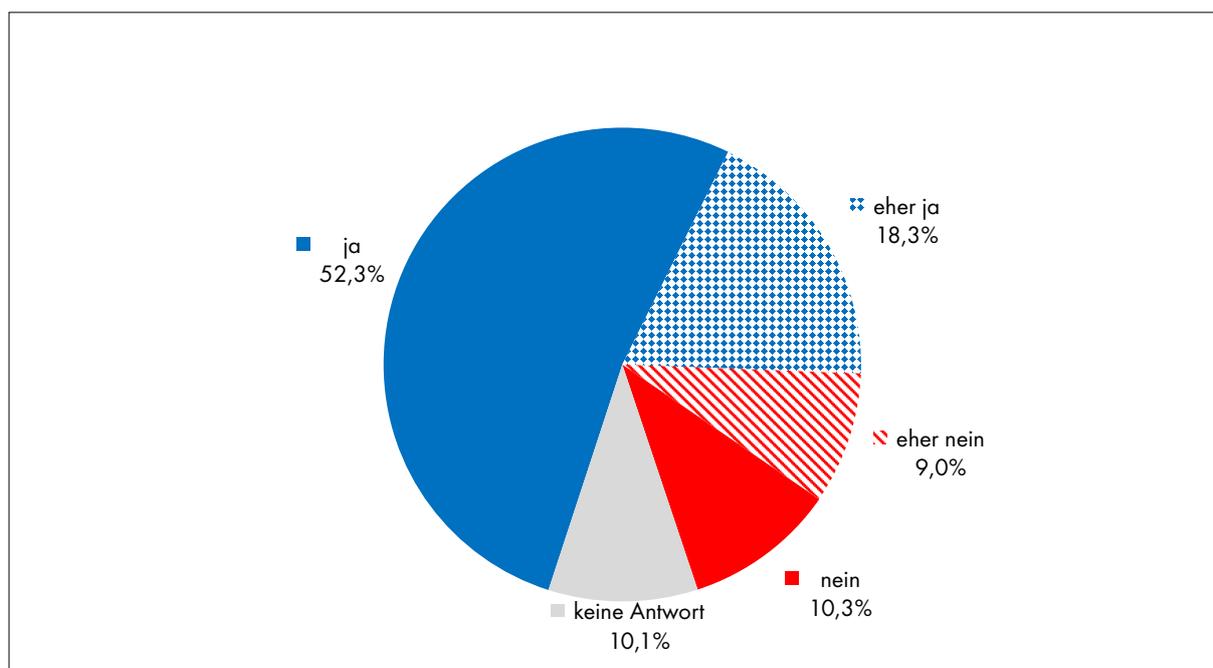
Damit ist ein Grundproblem der ukrainischen Politik benannt: die Erneuerung des politischen Führungspersonals. Kaderpolitisch bedeutet die Blaue Revanche eine Rückkehr derjenigen an die Macht und in manchen Fällen auf den gleichen Posten, die nach der Orangen Revolution gehen mussten; an führenden Stellen gibt es kaum neue Gesichter. Aber auch in der neuen Opposition bleiben die Schalthebel in der Hand der alten Garde. Die Schwierigkeiten einer personellen Erneuerung sind u. a. die Folge der ukrainischen Parteien- und Wahlgesetzgebung, die den Parteiführern eine sehr starke Stellung einräumen und den Aufstieg von unten oder gar gegen den Parteiführer kaum möglich machen. So ist zu erklären, dass Parteien und politische Blocks sich noch immer nach ihren Führern benennen. Das mochte in der Anfangszeit der Demokratie nachvollziehbar sein, inzwischen braucht das Land aber Programmparteien, die nicht auf eine Person zugeschnitten sind.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon lehrt am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Umfrage

Wird im politischen Leben der Ukraine eine starke Opposition gebraucht?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 16.3.2010,
http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.03/k_17_03.html